

Einzelheiten aus dem sächsischen Staatshaushalt.

In seiner Rede sagte der sächsische Finanzminister über den

Einheitsstaat

u. a. folgendes:

Jede überspannte Zentralisation in der Verwaltung ist letzten Endes teurer als die Dezentralisation. Es war sehr bezeichnend, daß auf der Länderkonferenz die Forderung nach dem Einheitsstaate nicht mit bedeutenden Ersparnismöglichkeiten begründet wurde. Eine Nachprüfung der sächsischen Verhältnisse hat in der Tat ergeben, daß die Abgabe der Hoheitsverwaltung an das Reich und deren Ersatz durch eine Provinzialverwaltung ohne Berücksichtigung der Wartegelder und Pensionen in Höhe von 1,5 Millionen RM eine Ersparnis von nur 3,2 Millionen RM bringen würde, ein Betrag, der in keinem Verhältnis zu den Ersparnissen stehen würde, die durch die Zentralisation aller Gesetzgebung in Berlin für die Wirtschaft entstehen würde.

Das Verhältnis der

Staats- zu den Gemeindefteuern

folgt folgende Betrachtung:

Es haben betragen die gesamten Steuereinnahmen der sächsischen Gemeinden und Bezirksverbände im Rechnungsjahre 1918 rund 112 Millionen RM und im Rechnungsjahre 1925 rund 284,5 Mill. RM, das sind rund 254 Prozent der Steuereinnahmen des Rechnungsjahres 1913. Sondern man aus den Steuereinnahmen des Rechnungsjahres 1925 der Gemeinden und Bezirksverbände den nur zum Wohnungsbau bestimmten Teil der Aufwertungssteuer (Mietsteuer) in Höhe von rund 48,7 Mill. RM wieder aus, so bleiben noch 235,8 Mill. RM übrig, das sind 210 Prozent der Steuereinnahmen des Jahres 1913. Beim sächsischen Staate dagegen haben die Steuereinnahmen von 1913 rund 110 Mill. RM und die von 1925 rund 194 Mill. RM betragen. Die Steuereinnahmen des Staates des Rechnungsjahres 1925 haben sich also auf rund 176,4 Prozent der von 1913 belaufen. In Sachsen sind also die Steuereinnahmen der Gemeinden und Bezirksverbände im Rechnungsjahre 1925 gegenüber denen von 1913 wesentlich stärker angewachsen als die des Staates.

Die Einkommensteuer und Erbschaftsteuer haben den Gemeinden und Bezirksverbänden 1913 rund 88 Mill. RM und dem Staate rund 77 Mill. RM erbracht. Der diesen Einnahmen entsprechende Anteil an der Einkommen- und Erbschaftsteuer des Reiches hat den Gemeinden und Bezirksverbänden im Rechnungsjahre 1925 rund 95,7 Mill. RM, dem Staate dagegen nur rund 80 Mill. RM erbracht. Der Anteil der Gemeinden und der Bezirksverbände hat mithin 1925 rund 108,8 Prozent, der Anteil des Staates 1925 dagegen nur rund 103,8 Prozent der Einnahmen aus der Einkommen- und Erbschaftsteuer 1913 betragen. Hieraus ergibt sich, daß die Veranschlagung der Gemeinden bei der Verteilung an der Einkommensteuer in Sachsen jedenfalls nicht einzuhalten ist, sondern daß im Gegenteil in Sachsen der Staat infolgedessen unzulässig gehandelt ist als die Gemeinden. Eine Abänderung des Landesfinanzgesetzes zwischen Staat und Gemeinden zu Ungunsten des Staates kann unter diesen Umständen deshalb zur Zeit nicht in Frage kommen.

Zum

Finanzausgleich mit dem Reich

sagte der Minister:

Beim nächsten Finanzausgleich mit dem Reich muß das Ziel darauf gerichtet sein, daß die Länder einiormen das an Steuern erhalten, was sie auf Grund des Aufkommens beanspruchen können. Dadurch, daß die Umsatzsteuer unter die einzelnen Länder nur zu einem Drittel nach dem Verhältnis des Aufkommens und zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl zu verteilen ist, erleidet das Land Sachsen für das Jahr 1928 schärfstens eine Einnahmearausfall von rund 4,9 Mill. RM. 1928 sind von dem Aufkommen an Umsatzsteuer in Höhe von rund 875,8 Mill. RM im Reich 14,03 Mill. RM, in Sachsen dagegen 17,8 Mill. RM, in Preußen 14 Mill. RM und in Bayern nur 11,3 Mill. RM auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Sachsen hat also 10,2 Prozent der gesamten Umsatzsteuer im Reich aufgebracht, Preußen 61 Prozent, Bayern dagegen nur 9,5 Prozent. Im umgekehrten Verhältnis zu diesem Aufbringen an Umsatzsteuer hat Sachsen 1928 nur 8,7 Prozent, Preußen 61 Prozent, Bayern aber 11 Prozent als Anteil vom Gesamtländeranteil der Umsatzsteuer erhalten. Sachsen, das auf den Kopf der Bevölkerung weit über dem Reichsdurchschnitt an Umsatzsteuer aufgebracht hat, hat also einen im umgekehrten Verhältnis hierzu liegenden geringen Anteil, das Land Bayern dagegen einen außerordentlich hohen Anteil an der Umsatzsteuer erhalten. Preußen erhält ziemlich genau das Aufkommen in seinem Lande. Es bedarf keiner besonderen Darlegung, daß ein solcher Verteilungsschlüssel ungerecht und für Sachsen je länger um so schwerer ertragbar ist. Auch der Schlüssel für die Verteilung der Kraftfahrsteuer unter die Länder — Verteilung zu je einem Viertel nach der Bevölkerungszahl und dem örtlichen Aufkommen und zur Hälfte nach dem Gebietsumfang — ist durchaus ungerecht und sachlich nicht gerechtfertigt. Durch den unzureichenden Verteilungsschlüssel erleidet Sachsen für 1928 einen Ausfall an Kraftfahrzeugsteueranteilen von rund 7,5 Mill. RM.

Der Etat enthält erstmalig die Ausgaben für die

Besoldung der Staatsbeamten

für ein ganzes Jahr auf der Grundlage der Besoldungsreform. Die endgültige Mehrbelastung der Staatskasse beträgt für 1928 88 800 000 RM. Nach dem Reichsbesoldungsgefes soll eine Stellenersparnis auf dem Wege über die Besalzen vorgenommen werden, mithin kein Abbau, der die Staatskasse nur mit hohen Pensionen und Wartegeldern belasten würde. Beim nächsten Finanzausgleich hat Sachsen den Nachweis zu erbringen, daß es der Ersparnis von Beamtenstellen nachgekommen ist. Nur wenn dieser Nachweis vorliegt, kann Sachsen auf eine volle Berücksichtigung seiner Belange beim Reichsfinanzausgleich rechnen. Von den gesamten Ausgaben des Staats entfallen an 363 Mill. RM, nach Kürzung der Erstattungen von Dritten, insgesamt 228 Mill. RM, das sind 82,8 v. H., auf persönliche Ausgaben, und zwar 215 Mill. RM, das sind 89,5 v. H., auf die Dienstbesalze der Beamten, Volkshullehrer und Angestellten sowie auf die Ruhegehälter, und 12,7 Mill. RM, das sind 5,5 v. H., auf die anderen persönlichen Ausgaben. Der durchschnittliche Dienstbesalge für die planmäßigen Beamten (unter Ausscheidung der Volks- und Fortbildungsschullehrer sowie der Volkshullehrer) ein-

schließlich der sogenannten Sozialzulagen beträgt 5883 RM, gegenüber 4365 RM im Vorjahre und 3447 RM in der Vorkriegszeit. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich hiernoch eine durchschnittliche Steigerung um 28,8 v. H.

Bei den

Ruhegehaltlern

von insgesamt 51 750 000 RM ist eine Steigerung um 8 888 000 eingetreten. Die Steigerung bei den Bruttobeträgen der Wartegelder, Versorgungsgehältern und Unterhaltungen beträgt 9 888 000 RM. Die Zahl der Versorgungsberechtigten beträgt 11 700 für 1914 und 16 750 für 1927. Für die Gegenwart stellt sie sich auf rund 17 550. Für die einzelnen Personen ergaben sich folgende durchschnittliche Bezüge: ein Ruhegehalt oder Wartegeldempfänger erhielt 1914 rund 2800 RM, im Vorjahre rund 2890 RM und jetzt rund 4700 RM, eine Witwe erhielt 1914 rund 700 RM, im Vorjahre rund 1910 RM und jetzt rund 2260 RM. Die durchschnittliche Steigerung gegen das Vorjahr ergibt sich hiernach für die Ruhegehälter zu rund 21 v. H. und für die Witwe zu rund 18 v. H. Die Ruhegehälter bleiben hiernoch mit der Erhöhung ihrer Versorgungsgebühren nicht wesentlich hinter der durchschnittlichen Erhöhung der Bezüge für die aktiven Beamten zurück. Die tatsächliche Ruhegehalt des Staates beträgt jetzt, einschließlich der Wartegelder, Unterhaltungen und Versorgungsgebühren der Ordnungspolizei, nunmehr 56 529 000 RM gegenüber 17 1/2 Millionen RM in der Vorkriegszeit. Bei der enormen Steigerung der Ruhegehalt des Staates wird es erklärlich erscheinen, daß eine weitere Fürsorge für die Pensionäre finanziell eine Unmöglichkeit ist.

Die Gesamtfläche der

Staatswälder

hat sich im abgelaufenen Jahre um 904,5 ha auf insgesamt 176 380 ha erhöht. Der Hiebssatz ist wie im Vorjahre mit 500 000 m³ eingestellt worden, obwohl im abgelaufenen Geschäftsjahre durch Schnee- und Windbrüche 60 000 m³ über den voranschlagten Hiebssatz zum Einschlag kamen, die normalerweise in den nächsten Jahren wieder eingespart werden müßten. Von einer solchen Einsparung glaubte die Staatsforstverwaltung aber absehen zu können, da der Hiebssatz vorläufig gesichert ist, so daß durch den einmaligen Mehrerschlag eine Uebernutzung nicht zu befürchten ist. Durch die Erhöhung der Stundenlöhne und der Holzschläger-Lohnsätze sowie durch die Besoldungsordnung sind die Ausgaben auch bei der Staatsforstverwaltung wesentlich gestiegen. Trotzdem ist es gelungen, den Reinertrag für 1928 mit 3 304 000 RM in den Haushaltsplan einzustellen (1927: 3 576 200 RM). Wenn Sachsen in seinen Reinerträgen aus dem Staatswald nicht mehr wie vor dem Kriege an der Spitze steht, sondern von den meisten Ländern überflügelt worden ist, so ist diese Tatsache in erster Linie in der einseitigen Herabsetzung des Hiebssatzes zu suchen. Neben der Herabsetzung des Hiebssatzes sind es die geringeren Wäldereinnahmen, die den Betriebskoeffizienten ungünstig beeinflussen. In dem Industriestaat Sachsen sind diese Löhne höher wie in anderen deutschen Ländern. So wird z. B. jetzt ein Festmeter aufzubereiten veranschlagt:

in Preußen (mit Rinde gemessen)	mit 3,15 RM
in Bayern (ohne " " " " ")	3,90 RM
in Thüringen (" " " " ")	4,46 RM
in Sachsen (" " " " ")	6,30 RM

Bei den

Stättenwerken

arbeiten infolge der Auswirkungen von Betriebsverbesserungen einzelne wichtige Betriebszweige jetzt mit Gewinn, so daß anhebender mit der Zeit die noch vorhandenen Verluste der zugehörigen Betriebszweige ausgeglichen werden können. Nachdem nunmehr reichere Rohstoffe an Stelle der bisherigen armen Erze bei dem Blaueisenwerke verhüttet werden, ist Hoffnung vorhanden, daß die Hüttenprozesse bei diesem Werke künftig wirtschaftlich arbeiten werden. Der Erfolg wird abzuwarten sein. Davon wird die Fortführung des Betriebes abhängen. Der im außerordentlichen Staatshaushaltplan einzustellende Kapitalbedarf der Stättenwerke in Höhe von 250 000 RM ist zum Teil für den Ausbau der mit Gewinn arbeitenden Betriebszweige, zum Teil für Anlagen zur Flusstaubreinigung und der Wärmerückgewinnung vorzusehen. Der Kapitalbedarf in Höhe von 150 000 RM des Blaueisenwerkes ist als Betriebskapital zum vorläufigen Einkaufe gehaltreicher Erze gedacht.

Zur

Förderung des Erzbergbaues

sind 15 000 RM einstellt. Damit soll der Anfang zur Beschaffung von bergwirtschaftlichen Unterlagen für eine zusammenfassende regionale Darstellung der sächsischen Erzlagerstätten gemacht werden. Hierbei ist in Aussicht genommen, die bisherigen in zahlreichen wissenschaftlichen Abhandlungen vorliegenden Ergebnisse auf den Stand der neuesten Forschung zu bringen. Vor allem werden dabei die wichtigsten Haupttypen in den Revieren Freiberg, Schneeberg, Altenberg, Rinnwald, Bergschlößchen und Schwarzenberg berücksichtigt. Aus dem in dem Geologischen Institut der Bergakademie vorhandenen außerordentlich reichen Material wird eine für die Forschung besonders wertvolle Uebersicht über Art, Umfang und Bedeutung der Erzlagerstätten nach und nach geschaffen werden können. Neuerdings ist die Verwertung des vorhandenen Lagerstättenmaterials auf erzmikroskopischer Grundlage in Angriff genommen worden, die eine wertvolle Ergänzung und Erweiterung der bisherigen Kenntnisse über die Erzlagerstätten verpricht. 270 000 RM sind zur Unterstützung der noch im Betrieb befindlichen Erzkörper „Vereinigte“ am Falkenberg bei Johanngeorgenstadt und „Eisenerz“ am Schwarzenberg bei Reustadt einzusetzen, um dort durch neue Aufschlußarbeiten über das Vorhandensein heimischer Erze, die bei dem sächsischen Blaueisenwerke verarbeitet werden können, Aufschluß zu bekommen. Diese Arbeiten sind notwendig, um die genannten alten wichtigen Erzkörper vor dem endgültigen Erliegen zu bewahren.

Bei dem gesteigerten persönlichen Bedarf an Wasser und dem großen Mehrverbrauch durch Hintertreten gewisser Industrien wird die Frage der ausreichenden

Wasser Versorgung

immer mehr zu einer Lebensfrage des gesamten Volkes. So bieten die Talperren immer mehr neben dem Hochwasserschutz der Landeskultur durch die Versorgung der Bevölkerung mit gutem Trinkwasser, der Industrie mit genügend

reinem Kühlwasser und der Volkshygiene durch Erhöhung des Niedrigwassers zur schloßen Abführung der Abwasser aus Gemeinden und Industrie. Die im Bau befindlichen Talperrenbauten sollen im kommenden Jahre weiter gefördert und zum Teil vollendet werden. Im außerordentlichen Haushaltsplane werden für die Talperre in Reitzerswiese ein dritter und letzter Betrag von 900 000 RM, für die Talperre Riebsstein als dritter Teilbetrag 2,8 Mill. RM und für die Talperre Rehmühle ein solcher von 4 Mill. RM angefordert.

Die staatlichen

Kraftwagenlinien

haben erhebliche Fortschritte gemacht. In den letzten Jahren hat sich auch die Reichspostverwaltung um eine weitere Ausdehnung ihres Liniennetzes in Sachsen bemüht, und es ist bisher gelungen, ein verhältnismäßig ungeführtes Nebenliniennetz zwischen den beiden großen Unternehmungen zu schaffen. Die Regierung gibt sich der Erwartung hin, daß dieses bisher erträgliche Verhältnis in Zukunft nicht geändert wird.

Von erheblichem Interesse ist die Frage der

Instandsetzung der Straßen

wofür nunmehr ein abschließendes Ergebnis der Versuchsarbeiten vorliegt. Es ist nunmehr endgültig gelungen, die Zerföhrung der Straßen aufzuhalten. Die Versuche haben den Beweis erbracht, daß in unserem wechselnden Klima und bei unserem vorläufigen Hartgestein die Behandlung der Straßenoberfläche mit Kalbitumen in Emulsionsform das technisch richtige und wirtschaftlichste Verfahren ist. Für schweren Verkehr bleibt das für Sachsen wegen seines Reichtums an guten Pflastersteinen gegebene Kleinpflaster die beste Bauart. In den ersten beiden Jahren des sechsjährigen Ausbauplans sind bereits 243 Kilometer hochwertige Dedden (hauptsächlich Kleinpflaster) und 191 Kilometer mittelwertige Dedden nach dem Halbtrockenverfahren herzustellen und 541 Kilometer zunächst ohne Tränkung neu beschüttet worden; dazu kommen 888 Kilometer neue Oberflächenschichten (ohne die wiederholten), so daß in zwei Jahren 1812 Kilometer oder die Hälfte des Straßennetzes instandgesetzt worden sind.

Für den Gemeindeaufbau sind dieselben Mittel wie im vorigen Jahre eingestellt worden. Die Erörterungen über die Kommunikationswege mit außergewöhnlichem Durchgangsverkehr wurden abgeschlossen; von der Regierung sind jetzt insgesamt rund 1000 Kilometer als solche Wege anerkannt worden. Leider erlaubt die finanzielle Lage des Landes zurzeit nicht, der Frage auf Uebernahme auch nur eines Teiles dieser Wege in staatliche Unterhaltung vor der Neuregelung des Finanzausgleiches näherzutreten, so sehr die Notwendigkeit der Instandsetzung dieser Verkehrswege anerkannt wird.

Ganz enorm sind die Aufwendungen für das Gebiet des

Bildungswesens

gestiegen. Der staatliche Zuschuß für die Volks- und Fortbildungsschulen beträgt rund 63 Mill. RM und der für die höheren Schulen 9,8 Mill. RM. Der durch die Umwandlung der Seminare in deutsche Oberschulen und Aufbauschulen entstandene Mehraufwand macht rund 4 1/2 Mill. RM aus. Für das Gebiet des Hochschulwesens wird ein Zuschuß von 16,3 Mill. RM geleistet. Für Kunst und Wissenschaft einschließlich der Hochschulen werden im Haushaltsplan 22,5 Mill., das sind 3,2 Mill. RM mehr als im vorigen Jahre, zur Verfügung gestellt.

Groß sind auch die Leistungen des Staates auf

sozialem Gebiete

obwohl die soziale Fürsorge Aufgabe der Bezirksfürsorgeverbände ist. Im vorliegenden Haushaltsplane sind dafür rund 28 Mill. RM einseht. Aber auch zur Förderung der Wirtschaft sind im Staatshaushaltplane beträchtliche Summen einseht. Zur Pflege landwirtschaftlicher Belange ist ein Gesamtbetrag von 3,4 Mill. RM für Handel und Gewerbe ein solcher von 8,4 Mill. RM im Staatshaushaltplane vorgesehen.

An Staatsmitteln für den

Wohnungsbau

für Staatsbeamte sind im vorigen Haushaltsplan insgesamt rund 3 Mill. RM vorgesehen. Zur Deckung des Wohnungsbedarfes kommt dann noch der aus der Mietsteuer zur Verfügung stehende Betrag von rund 108 Mill. RM.

Die Eingekücherteten.

Wien, 7. März. Im Hauptauschuss des Nationalrates erstattete Bundeskanzler Seipel einen Bericht über außenpolitische Fragen. Er leitete bei dieser Gelegenheit auch den Gang der Kontroverse mit Italien über die Behandlung der Deutschen in dem italienisch gewordenen Teil von Triest dar. An der Aussprache beteiligten sich Abgeordnete aller Parteien. Es kam die vollständige Uebereinstimmung über das weitere Verhalten in bezug auf die Auseinandersetzung mit Italien zum Ausdruck.

Antisemitische Kundgebungen.

Warschau, 7. März. Nationalistische Studenten haben in Lemberg antisemitische Demonstrationen hervorgerufen. Ursache der Kundgebung war der Unwille der polnischen Nationalisten, daß es den Juden gelungen ist, in Lemberg zwei Mandate zu erobern. In einzelnen Straßen wurden in jüdischen Geschäften die Fenstersteine eingeschlagen. Mehrere jüdische Passanten wurden verprügelt. Gruppen nationalistischer Demonstranten gingen in einige Speiseföhrer ein und zerstörten dort die Einrichtungen und plünderten. Ueber 200 Personen wurden verhaftet.

Warschau, 8. März. In Lemberg kam es auch gestern trotz strenger Verhaftungen zu Kundgebungen der extrem-nationalistischen Ruheführer. Es wurden insgesamt fünf Gasthöfe demoliert und etwa 100 Schaufenster jüdischer Geschäftsföhrer eingeschlagen. Man erwartet die Verhängung des Belagerungszustandes.

Genf, 7. März. Die Baukosten für das neue Billeverbundspalats belaufen sich nach den bisherigen Schätzungen auf 19,5 Millionen Franken.

Washington, 7. März. Gegen den Vorstehen des Direktoriums der Standard Oil Company of Indiana, Oberst Stewart, ist ein Haftbefehl erlassen worden, weil er sich geweigert hatte, Fragen zu beantworten, die ihm der Senatsauschuss zur Untersuchung des Teapot-Dome-Falles vorgelegt hatte.

Genf, 7. pormittag zu verlaufen, so Natapresident gegenheit zu schäftlich geh... Paris befindet... Zugeständnis besprochen h... freundschaft... da er sich ab besprochen h... d e r n t u n erklärt.
Die welche beide ral Tanagos an dem Bfscu als B... sache ist als General... terbundrat i... dem Böfber... Die Lage sei... affäre. Ze... ren für sol... Verfahrens... barn und a... verhöfarten... fung werde... Titul... czos' mit M... czos lehnt d... überlegt.
Der Ra... Debatte. Cham... Komites von Ungarn dem... Ungarn erkl... Zur Ue... nimmt sodan... Entente. Es einverstanden im Böfber... Gefühle Tra... kunst. Er... sen, warum... freundliche... Ungarn das... General... vor. (Groß... Selo... langt Abstin... Briand r... die Kommr... liens war v... gegen Itali... des Präfide... Blokland... minifter von Rom.

Die verla... Wä... r